

Niederschrift

über die 30. Tagung des Stadtrates der Stadt Haldensleben am 26.09.2013, von 17:00 Uhr bis 18:10 Uhr

Ort: im Rathaus der Stadt Haldensleben, Markt 22, Sitzungssaal

Anwesend:

Norbert Eichler	Bürgermeister
Stadtrat Guido Henke	Vorsitzender des Stadtrates
Stadträtin Marlis Schünemann	
Stadtrat Wolfgang Rehfeld	
Stadtrat Eberhard Resch	
Stadtrat Dr. Ulrich Schulze	
Stadtrat Matthias Schmidt	
Stadtrat Rüdiger Ostheer	
Stadträtin Roswitha Schulz	
Stadtrat Josef Franz	
Stadtrat Klaus Czernitzki	
Stadträtin Dr. Angelika Kliemke	
Stadtrat Dr. Peter Koch	
Stadtrat Boris Kondratjuk	
Stadtrat Manfred Blume	
Stadtrat Günter Dannenberg	
Stadträtin Regina Blenke	
Stadtrat Dr. Michael Reiser	
Stadtrat Hartmut Neumann	
Stadtrat Tim Teßmann	

Es fehlten entschuldigt:

Stadtrat Steffen Kapischka	stellv. Vorsitzender des Stadtrates
Stadtrat Christian Kästner	
Stadtrat Mario Schumacher	
Stadtrat Hermann Ortlepp	
Stadtrat Gunter Ranzinger	
Stadtrat Bodo Zeymer	
Stadtrat Dirk Becker	
Stadträtin Jeannette Lohan	

Es fehlte unentschuldigt:

Stadtrat Ralf W. Neuzerling

Tagesordnung:

I. Öffentlicher Teil

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit
2. Änderungsanträge zur Tagesordnung und Feststellung der Tagesordnung
3. Evtl. Einwendungen gegen die Niederschrift über die Tagung vom 25.07.2013
4. Antrag der Fraktion FW/pro Althaldensleben - Errichtung Sanitäranlagen auf dem Sportplatz Lindenallee
5. Ernennung des stellvertretenden Stadtwehrlleiters, Herrn Michael Schumann, zum Ehrenbeamten
Vorlage: 284-(V.)/2013
6. Satzung zur Aufhebung der Parkgebührenordnung
Vorlage: 283-(V.)/2013
7. Mittel- und langfristiger Schulplan der Stadt Haldensleben für die Grundschulen in städtischer Trägerschaft für die Schuljahre 2014/15 bis 2018/19 mit Langfristprognose bis zum Schuljahr 2023/24
Vorlage: 291-(V.)/2013
8. Beschluss zur öffentlichen Auslage des Bebauungsplanes "Magdeburger Straße/ Ecke Burgwall" mit Städtebaulichem Vertrag und Beschluss zur Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange
Vorlage: 289-(V.)/2013
9. Aufwandsspaltung für die Baumaßnahme Straßenbeleuchtung in der Rolandstraße (im Bereich Köhlerstraße bis Erich-Grün-Straße) in Haldensleben
Vorlage: 290-(V.)/2013
10. Anfragen und Anregungen
11. Mitteilungen der Verwaltung
12. Einwohnerfragestunde
13. Schließen der Sitzung durch den Stadtratsvorsitzenden

I. Öffentlicher Teil:**zu TOP 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit**

Die 30. Tagung des Stadtrates der Stadt Haldensleben wird durch den Stadtratsvorsitzenden Guido Henke eröffnet. Er begrüßt die Stadträte, die sachkundigen Einwohner, Gäste und Mitarbeiter der Stadtverwaltung.

Die Stadträte sind mit Datum vom 09.09.2013 unter Angabe der Tagesordnung zur heutigen Sitzung eingeladen worden. Von 28 Stadträten sind zu diesem Zeitpunkt 19 Stadträte und Bürgermeister Eichler anwesend. Im Vorfeld haben sich 8 Stadträte entschuldigt. Der Stadtrat ist somit beschlussfähig.

Stadträtin Regina Blenke möchte, was die ordnungsgemäße Ladung und Beschlussfähigkeit betrifft, Widerspruch einlegen. Für sie sei keine ordentliche Ladung erfolgt, da der Tagesordnungspunkt 4 lautet – Antrag der Fraktion FW/pro Althaldensleben zur Errichtung einer Sanitäranlage auf dem Sportplatz Lindenallee. Es müsse ihres Erachtens jedoch heißen: Abstimmung zur Beschlussfassung aus dem Sozialausschuss. Es ist auch keine Beschlussvorlage erstellt und an die Stadträte verteilt worden. Dies hatte sie dem Stadtratsvorsitzenden Guido Henke bereits vorab per E-Mail mitgeteilt. Darüber hinaus und ungeachtet dieser Situation habe ihre Fraktion einen Änderungsantrag gestellt, der den Stadträten ebenfalls nicht ausgereicht wurde.

Des Weiteren möchte sie darum bitten, künftig der Einladung zur Stadtratssitzung wieder komplett alle Unterlagen beizufügen. Sie habe dieses Mal nur die Tagesordnung und keine einzige Beschlussvorlage erhalten. Sie musste sich die Unterlagen aus den Ausschusssitzungen zusammenstellen, was ihr die Arbeit erschwere.

Stadtratsvorsitzender Guido Henke müsse den Ausführungen von Stadträtin Blenke widersprechen. Die Ladung ist ordnungsgemäß erfolgt. Mit Fertigstellung der Einladung am 09.09. lag weder von der Fraktion FW/pro Althaldensleben noch von anderen eine Beschlussvorlage bzw. ein Änderungsantrag zum Tagesordnungspunkt 4 vor. Er möchte in Erinnerung rufen, wie die Beratung in der letzten Stadtratssitzung abgelaufen ist. Es konnte zu dem Antrag, um den es heute geht, im Stadtrat kein Einvernehmen hergestellt werden. Deshalb wurde der Antrag in den zuständigen Fachausschuss zur Beratung verwiesen. Der Vorsitzende des Fachausschusses werde heute über den Verlauf der Beratung und das Beratungsergebnis informieren. Da der Ausschuss dem Stadtrat nur eine Empfehlung aussprechen könne, wurde der Ursprungsantrag wieder auf die heutige Tagesordnung genommen. Das ist so völlig korrekt. Was den Änderungsantrag der Fraktion FW/pro Althaldensleben betreffe, sei zu sagen, dass dieser ihm erst am 23.09.2013 zugeing. Die Einladung wurde fristwahrend am 09.09.13 versandt. Stadträtin Blenke habe jederzeit die Möglichkeit, einen Änderungsantrag im Stadtrat vorzutragen.

Stadträtin Regina Blenke möchte dazu anmerken, dass sie Rücksprache mit der Kommunalaufsicht getätigt habe. Die Kommunalaufsicht habe sie in dieser Angelegenheit unterstützt. Es hätte die Beschlussempfehlung aus dem Fachausschuss auf die Tagesordnung gesetzt werden müssen. Die Verwaltung hätte eine Beschlussempfehlung vorbereiten müssen und davon sei sie auch ausgegangen. Da dies nicht erfolgt sei, habe sie einen Änderungsantrag formuliert und dieser sei nicht an Fristen gebunden, sondern er könne ad hoc auch in der Stadtratssitzung gestellt werden.

Stadtratsvorsitzender Guido Henke fragt, ob es weitere Anmerkungen zur Tagesordnung gibt. Das ist nicht der Fall. Er stellt sodann die vorliegende Tagesordnung zur Abstimmung.

Stadträte: gesetzlich: 28 + BM tatsächlich: 28 + BM anwesend: 19 + BM

Abstimmungsergebnis: 17 Ja-Stimmen, 3 Nein-Stimme, 0 Stimmenthaltungen

Zur Bitte von Stadträtin Blenke, künftig den Einladungen zur Stadtratssitzung wieder alle Beschlussvorlagen beizufügen, möchte Bürgermeister Eichler Folgendes anmerken: Sollten alle Vorlagen, die bereits den Stadträten zur Ausschusssitzung zur Verfügung gestellt wurden, erneut zur Stadtratssitzung ausgereicht werden, entstehe ein enormer Papierverbrauch. Seines Erachtens sei es legitim, verlangen zu können, dass sich die Stadträte die Unterlagen aus den Ausschusssitzungen zur Stadtratssitzung zusammenstellen. So verfare auch der Landkreis. Das sei gängige Praxis, um Geld zu sparen.

zu TOP 2 Änderungsanträge zur Tagesordnung und Feststellung der Tagesordnung

Stadtratsvorsitzender Guido Henke möchte anmerken, dass bei der Vorlage 283-(V)/2013 – Satzung zur Aufhebung der Parkgebührenordnung (TOP 6) in der Anlage zur Beschlussvorlage ein falsches Datum ange-

geben ist. Anstatt 22.08.2013 muss es richtig heißen: *Sitzung des Stadtrates am 26.09.2013*. Er bittet, eine Korrektur vorzunehmen.

Weiterhin möchte er noch einmal darauf hinweisen, dass die nächste Sitzung des Stadtrates nicht am 07.11.2013, sondern am 28.11.2013 stattfinden werde. Dafür könne evtl. die Sitzung im Dezember entfallen.

Nach ersten Überlegungen werde die erste Stadtratssitzung im Jahr 2014 für den 23.01.2014 vorgesehen. Er bittet, sich die Daten bereits vorzumerken.

Änderungsanträge zur Tagesordnung werden nicht gestellt; somit wird nach der vorliegenden Tagesordnung verfahren.

zu TOP 3 Evtl. Einwendungen gegen die Niederschrift über die Tagung vom 25.07.2013

Stadträtin Regina Blenke fehle das Verständnis für das Protokoll vom 25. Juli 2013. Sie finde ihre Ausführungen in weiten Teilen nicht wieder. Darüber hinaus seien andere Angelegenheiten so formuliert, dass man sich fragen müsse, ob man auf der gleichen Ratssitzung war. So sei zum Beispiel unter TOP 4 der Antrag der Fraktion FW/pro Althaldensleben nur zur Hälfte protokolliert worden. Sie bittet, den Antrag nach der Formulierung „...Sportplatz Lindenallee noch in diesem Jahr beginnen kann“ zu vervollständigen.

Stadtratsvorsitzender Guido Henke sehe seitens der Stadträte keinen Widerspruch; damit wird der Wortlaut des Antrages vervollständigt.

Weiterhin bittet Stadträtin Regina Blenke bei der Begründung zum Antrag hinter den Worten „hier den Weg frei zu machen“ folgenden Wortlaut zu ergänzen: „damit die Behinderten auch ein entsprechendes WC haben“.

Dazu könne sich Stadtrat Klaus Czernitzki nicht äußern, weil er nicht nachvollziehen kann, ob Stadträtin Blenke das tatsächlich so gesagt hat oder nicht. Außerdem werde kein Wortprotokoll angefertigt. Seines Erachtens werde auch nicht der Sinn entstellt, wenn der Wortlaut nicht protokolliert wurde.

Stadtratsvorsitzender Guido Henke schlägt vor, dass Stadträtin Blenke ihre Einwände zu Protokoll geben sollte und dann werde, wie in vorangegangenen Fällen, an Hand der Tonbandaufzeichnung verglichen.

Bürgermeister Eichler verweist auf die Geschäftsordnung und darin sei geregelt, was ein Protokoll zum Inhalt haben muss. Dort stehe nichts von wortwörtlicher Übernahme der Redebeiträge. Wenn Stadträtin Blenke etwas wortwörtlich wiedergegeben haben möchte, dann müsse sie das vor ihrem Redebeitrag beantragen.

Bei den Einfügungen, um die Stadträtin Regina Blenke gebeten habe, handelt es sich lediglich um Ergänzungen und nicht um wortwörtliche Wiedergaben ihrer Redebeiträge. Wenn von ihrem Redebeitrag, der in der Regel 5, 6 Minuten dauert, dann nur vielleicht 3 oder 4 Minuten protokolliert werden und wichtige Bezüge auf Sitzungen des Sozialausschusses einfach weggelassen werden, dann fühle sie sich nicht richtig wiedergegeben. Auch wenn sie wörtliche Wiedergabe beantragt, werde nicht immer danach verfahren. So wurde beispielsweise nicht ihre Aussage „nicht dass es wieder heißt, sie hätte nur mit der Putzfrau im Ministerium gesprochen“ protokolliert. Es herrsche für sie eine ausgesprochene Willkür. Der Stadtratsvorsitzende wollte von ihr in der letzten Stadtratssitzung ausdrücklich die Passagen wissen, die ergänzt werden sollten. Heute habe sie sich entsprechend vorbereitet und jetzt heißt es, es müsse anhand der Aufzeichnung erst verglichen werden.

Stadträtin Marlis Schünemann habe die gleichen Bedenken wie Stadtrat Czernitzki. Sie wisse heute auch nicht mehr, wie der konkrete Wortlaut war. Sie möchte Stadträtin Blenke bitten, ihre geforderten Ergänzungen schriftlich einzureichen. Jetzt könne sie darüber nicht befinden. Sie bittet, in der Tagesordnung fortzufahren.

Bevor Stadträtin Blenke nicht die Möglichkeit hatte, ihre Änderungswünsche vorzutragen, könne der TOP 3 nicht beendet werden, merkt Stadtratsvorsitzender Guido Henke an.

Stadträtin Regina Blenke werde ihre gewünschten Ergänzungen zum Protokoll schriftlich einreichen.

Die Niederschrift über die Sitzung des Stadtrates vom 25.07.2013 werde Stadtratsvorsitzender Guido Henke in der nächsten Sitzung erneut aufrufen, nachdem die Änderungswünsche von Stadträtin Blenke mit der Tonbandaufzeichnung abgeglichen wurden.

zu TOP 4: Antrag der Fraktion FW/pro Althaldensleben - Schaffung der Voraussetzungen, damit der Integrative Sportverein Althaldensleben mit dem Bau einer Sanitäreinrichtung auf dem Sportplatz Lindenallee noch in diesem Jahr beginnen kann.

Da der Antrag der Fraktion FW/pro Althaldensleben in der letzten Sitzung an den zuständigen Fachausschuss verwiesen wurde, schlägt **Stadtratsvorsitzender Guido Henke** vor, zunächst den Ausschussvorsitzenden zu bitten, über das Ergebnis der Beratung zu berichten.

Stadtrat Klaus Czernitzki führt aus, dass sich der Ausschuss am 06.08. mit dem Antrag befasst habe. Dazu wurden auch Vertreter des ISV eingeladen. Er möchte daran erinnern, dass es im Jahre 2008 einen Stadtratsbeschluss gab, den Vertrag mit dem ISV zu verlängern, aber eine Bezuschussung von Betriebskosten und etwaigen Investitionen auszuschließen. Diesen Stadtratsbeschluss habe der Ausschuss berücksichtigt und habe einen Änderungsantrag zum Antrag der FW/pro Althaldensleben formuliert, der wie folgt lautet: „Dem Verein sind bis zu 20.000 € für Materialkosten als Hilfe zur Selbsthilfe zur Verfügung zu stellen.“ Der Antrag wurde mit 6 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 1 Stimmenthaltung angenommen. Auch die Verwaltung und die Vereinsvertreter haben zum Ausdruck gebracht, dass sie sich mit diesem Änderungsantrag einverstanden erklären können. Mit dieser Formulierung könne auch der Beschluss aus dem Jahr 2008 rechtskräftig bleiben. Der Ausschuss empfiehlt, dem Änderungsantrag des Fachausschusses zu folgen.

Im Namen ihrer Fraktion trägt **Stadträtin Regina Blenkle** nunmehr ihren Änderungsantrag zur Beschlussempfehlung des Sozialausschusses vor: „Bereitstellung von Materialkosten für den Bau einer Behindertentoilette für den ISV aus dem HH 2013“ - Der Stadtrat beschließt neben der Übernahme der Materialkosten von 20.000 € auch die Übernahme der Kosten für den Bauantrag des Integrativen Sportverein - „ISV“ Althaldensleben, Lindenallee.

Begründung: Die aktuelle Situation des Vereins sieht so aus, dass der Vereinsvorsitzende höchstwahrscheinlich die Kosten des Bauantrages privat bezahlen muss. Der Sportplatz „Lindenallee“ ist Eigentum der Stadt Haldensleben und wird mit dem Bau eines behinderten gerechten WC's aufgewertet. Insofern ist die Erwartung der Stadt, dass der Verein diese Kosten selbst zahlt, ungerechtfertigt.

Sie möchte zudem anmerken, dass der Beschluss aus dem Jahr 2008 aus der letzten Legislaturperiode stammt. Sie wisse nicht, inwieweit Beschlüsse aus einer Legislaturperiode ohne weiteres in eine neue Legislaturperiode übernommen werden können. Ungeachtet dessen habe in einem Interview in einem Anzeigenblatt der Stadt Haldensleben Herr Picht ausgeführt, dass er höchstwahrscheinlich die Kosten des Bauantrages privat bezahlen muss. Dies habe sie in der Konsequenz dazu veranlasst, diesen Änderungsantrag zu stellen. Von Seiten der CDU wurde immer wieder betont, was dem einen Verein recht ist, ist dem anderen billig. Auch die Haldensleber Windenknechte haben ihren Bauantrag bezahlt bekommen. Darüber hinaus erhalte ein anderer Haldensleber Verein kontinuierlich aus dem städtischen Haushalt Beträge zwischen 35.000 und 42.000 € und sie findet es nur gerechtfertigt, dass dann einem Verein, indem sich ein ganzer Stadtteil engagiert, finanziell unterstützt wird bzw. die Stadt auch die Kosten für den Bauantrag in Höhe von 1.200 € übernimmt. Es gehe hier nicht um eine neue Tartanbahn, sondern um die Bedürfnisse von Menschen mit Behinderungen.

Stadtrat Hartmut Neumann möchte ergänzen, dass der Verein ISV zu 100 % den Sportbetrieb finanziert. Er schaffe es, jedes Jahr 14.000 € durch Sponsoren, Arbeitseinsätze und dergleichen aufzubringen. Dieses sollte man jetzt nicht konterkarieren, sondern man sollte diese Leistungen einmal anerkennen. Auch die Windenknechte werden finanziell unterstützt und seine Fraktion werde darauf achten, ob die Windenknechte in den folgenden Jahren weiter bezuschusst werden.

Was das Engagement betreffe, könnten nach Auffassung von **Stadträtin Roswitha Schulz** alle Vereine der Stadt und der Ortsteile genannt werden. Der Beschluss aus dem Jahre 2008 habe selbstverständlich noch Bestand. Wenn nach jeder Legislaturperiode alle gefassten Beschlüsse in Frage gestellt werden, wäre die Arbeitsfähigkeit nicht mehr gegeben. Der Fachausschuss habe sich mit dem Antrag der Fraktion FW/pro Althaldensleben befasst und der Vorsitzende habe klar und deutlich dargelegt, dass nicht über die Köpfe des Vereins hinweg entschieden wurde, sondern Einvernehmen erreicht werden konnte. Warum wolle man das zerreden? Es werde Situationen geben, wo der ISV sicherlich die eine oder andere Unterstützung benötigt, wie alle anderen Vereine auch.

Damals stand man vor der Frage, so **Bürgermeister Eichler**, wie viele Sportplätze wolle die Stadt neben dem Waldstadion noch unterhalten. Zur Disposition standen die Sportplätze Lindenallee und Jahn-Allee. Es wurde der Beschluss gefasst, den Sportplatz Lindenallee dem ISV zur Nutzung und zur Betreuung zu übertragen. Er wurde schuldenfrei übergeben, obwohl noch über 100.000 € Schulden auf dem Gebäude lagen. Im Ergebnis des

Beschlusses wurde eine Vereinbarung getroffen. In dieser heißt es unter § 2 – der Verein hat keinen Anspruch auf städtische Zuschüsse. Im Fachausschuss wurde überlegt, wie man dem Verein helfen könne, ohne gegen die Vereinbarung und den Beschluss zu verstoßen. Es wurde eine Lösung gefunden, im Ausschuss ist mit den Vereinsmitgliedern und dem Vorsitzenden gesprochen worden. Mit der Empfehlung des Ausschusses, die lautet: bis zu 20.000 € für Materialkosten als Hilfe zur Selbsthilfe dem ISV zur Verfügung zu stellen, könne der Verein „leben“. Er denke, mit dieser Summe komme die Stadt ihrer Verpflichtung nach.

Stadträtin Regina Blenkle möchte gern wissen, warum es nicht möglich sein soll, 1.200 € aufzubringen. Es wurde angemerkt, dass der Platz schuldenfrei übergeben wurde. Bereits in der letzten Sitzung habe sie gesagt, dass damit suggeriert werde, dass dieser neue Verein für die Schulden verantwortlich zeichnet. Für die Schulden wäre jedoch ursächlich ein anderer Verein zur Verantwortung zu ziehen gewesen. Weiterhin wurde angemerkt, dass für den Bau des Waldstadions ein anderer Sportplatz schließen sollte. Wenn sie sich recht erinnert, sollte der Sportplatz Jahn-Allee geschlossen werden. Das sei nicht erfolgt, weil die Eltern darstellen konnten, dass es für die Kinder angenehmer ist, in den Wintermonaten nicht bis zum Waldstadion fahren zu müssen, sondern nur bis in die Jahn-Allee. In der letzten Ausschusssitzung habe Stadtrat Dr. Reiser darauf verwiesen, dass auf dem Sportplatz Lindenallee wesentlich mehr Aktivitäten und mehr Besucherzahlen zu verzeichnen sind als am Waldstadion. Warum können die 1.200 € dem ISV nicht zur Verfügung gestellt werden? Es werde in der Stadt Haldensleben so viel Geld für andere Dinge ausgegeben.

Stadträtin Marlis Schünemann meldet sich zur Geschäftsordnung. Sie bittet um Ende der Diskussion und Abstimmung. Über den Antrag sei bereits im Ausschuss hinreichend diskutiert worden.

Stadträtin Regina Blenkle meldet sich ebenfalls zur Geschäftsordnung und stellt den Antrag auf namentliche Abstimmung über den Änderungsantrag der Fraktion FW/pro Althaldensleben und über den Antrag aus dem Fachausschuss.

Stadtratsvorsitzender Guido Henke lässt zunächst über den Geschäftsordnungsantrag von Stadträtin Schünemann auf Ende der Debatte abstimmen.

Stadträte: gesetzlich: 28 + BM tatsächlich: 28 + BM anwesend: 19 + BM

Abstimmungsergebnis: 16 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme, 3 Stimmenthaltungen

Damit ist der Antrag angenommen.

Sodann fragt Stadtratsvorsitzender Guido Henke, wer dem Geschäftsordnungsantrag von Stadträtin Blenkle auf namentliche Abstimmung seine Zustimmung gibt.

Stadträte: gesetzlich: 28 + BM tatsächlich: 28 + BM anwesend: 19 + BM

Abstimmungsergebnis: 6 Ja-Stimmen, 12 Nein-Stimmen, 2 Stimmenthaltungen

Damit ist der Antrag abgelehnt.

Da sich keine Fraktion mehr zu Wort melden möchte, stellt Stadtratsvorsitzender Guido Henke zunächst den weitergehenden Antrag und zwar den Änderungsantrag der Fraktion FW/pro Althaldensleben zur Abstimmung.

Stadträte: gesetzlich: 28 + BM tatsächlich: 28 + BM anwesend: 19 + BM

Abstimmungsergebnis: 4 Ja-Stimmen, 14 Nein-Stimmen, 2 Stimmenthaltungen

Damit ist der Antrag abgelehnt.

Über den Änderungsantrag des Fachausschusses zum Antrag der FW/pro Althaldensleben, der wie folgt lautet: „Dem Verein sind bis zu 20.000 € für Materialkosten als Hilfe zur Selbsthilfe zur Verfügung zu stellen.“ wird wie folgt abgestimmt.

Stadträte: gesetzlich: 28 + BM tatsächlich: 28 + BM anwesend: 19 + BM

Abstimmungsergebnis: 16 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 4 Stimmenthaltungen

Damit ist der Antrag angenommen.

**zu TOP 5 Ernennung des stellvertretenden Stadtwehrlleiters, Herrn Michael Schumann, zum Ehrenbeamten
Vorlage: 284-(V.)/2013**

Beschluss:

Der Stadtrat der Stadt Haldensleben beschließt, Herrn Michael Schumann mit Wirkung ab 01.10.2013 für die Dauer von sechs Jahren in das Ehrenbeamtenverhältnis als stellvertretenden Stadtwehrlleiter zu berufen.

Stadträte: gesetzlich: 28 + BM tatsächlich: 28 + BM anwesend: 19 + BM
Abstimmungsergebnis: 20 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 0 Stimmenthaltungen

zu TOP 6 Satzung zur Aufhebung der Parkgebührenordnung
Vorlage: 283-(V.)/2013

Stadtratsvorsitzender Guido Henke wiederholt, dass das Datum in der Anlage zur Beschlussvorlage zu korrigieren sei. Es muss richtig heißen, 26.09.2013 und nicht 22.08.2013.

Beschluss:

Der Stadtrat der Stadt Haldensleben beschließt die Satzung zur Aufhebung der Parkgebührenordnung vom 06. September 2007.

Stadträte: gesetzlich: 28 + BM tatsächlich: 28 + BM anwesend: 19 + BM
Abstimmungsergebnis: 18 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 2 Stimmenthaltungen

zu TOP 7 Mittel- und langfristiger Schulplan der Stadt Haldensleben für die Grundschulen in städtischer Trägerschaft für die Schuljahre 2014/15 bis 2018/19 mit Langfristprognose bis zum Schuljahr 2023/24
Vorlage: 291-(V.)/2013

Beschluss:

Der Stadtrat der Stadt Haldensleben beschließt den mittel- und langfristigen Schulplan der Stadt Haldensleben für die Grundschulen in städtischer Trägerschaft für die Schuljahre 2014/15 bis 2018/19 mit Langfristprognose bis zum Schuljahr 2023/24.

Stadträte: gesetzlich: 28 + BM tatsächlich: 28 + BM anwesend: 19 + BM
Abstimmungsergebnis: 18 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 2 Stimmenthaltungen

zu TOP 8 Beschluss zur öffentlichen Auslage des Bebauungsplanes "Magdeburger Straße/ Ecke Burgwall" mit Städtebaulichem Vertrag und Beschluss zur Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange
Vorlage: 289-(V.)/2013

Beschluss:

Der Stadtrat der Stadt Haldensleben beschließt in seiner öffentlichen Sitzung am 26.09.2013, den Entwurf des Bebauungsplanes „Magdeburger Straße/ Ecke Burgwall“, 3. vereinfachte Änderung, Haldensleben, mit Städtebaulichem Vertrag, öffentlich auszulegen und die Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange zu beteiligen. Der Beschluss über die Auslegung ist öffentlich bekannt zu geben.

Stadträte: gesetzlich: 28 + BM tatsächlich: 28 + BM anwesend: 19 + BM
Abstimmungsergebnis: 19 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 1 Stimmenthaltung

zu TOP 9 Aufwandsspaltung für die Baumaßnahme Straßenbeleuchtung in der Rolandstraße (im Bereich Köhlerstraße bis Erich-Grün-Straße) in Haldensleben
Vorlage: 290-(V.)/2013

Beschluss:

Der Stadtrat der Stadt Haldensleben beschließt die Aufwandsspaltung für die Tiefbaumaßnahme Ausbau der Beleuchtung in der Anlage Rolandstraße (im Bereich von Köhlerstraße bis Erich-Grün-Straße).

Stadträte: gesetzlich: 28 + BM tatsächlich: 28 + BM anwesend: 19 + BM
Abstimmungsergebnis: 20 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 0 Stimmenthaltungen

zu TOP 10 Anfragen und Anregungen

- 10.1. Da es heute keinen nichtöffentlichen Teil gibt, müsse **Stadträtin Regina Blenke** ihre Fragen so formulieren, dass sie diese im öffentlichen Teil stellen kann.
1. Wie hat eine ansässige Umschlagsfirma am Haldensleber Hafen Kenntnis erlangen können, dass eine weitere Agrarfirma auf den Conventstücken einen neuen Umschlagsplatz bauen möchte?
 2. Wer hat die erst genannte Firma über diesen Sachverhalt informiert?

Bürgermeister Eichler könne die Fragen im öffentlichen Teil nicht beantworten. Im Übrigen sei die Antwort bekannt, darüber wurde im Wirtschafts- und Finanzausschuss gesprochen.

Stadträtin Regina Blenke kenne die Antwort nicht. Sie frage sich, ob Bürgermeister Eichler nicht willens oder nicht in der Lage sei, darauf zu antworten.

Stadtratsvorsitzender Guido Henke merkt an, dass Bürgermeister Eichler die Fragen beantworten werde, aber nicht heute.

- 10.2. **Stadtrat Rüdiger Ostheer** möchte eine Anregung zur Anwesenheit in den Ausschusssitzungen und insbesondere im Stadtrat geben. Es könne nicht sein, dass die Stadträte als gewählte Vertreter, die lt. Gemeindeordnung verpflichtet sind, an der Sitzung teilzunehmen, sich einfach das Recht herausnehmen, ohne Begründung die Sitzung zu verlassen (siehe letzte Stadtratssitzung). Das wurde auch zu Recht in der Presse kritisiert. Sein Vorschlag wäre, den § 19 – Hauptsatzung dahingehend zu ergänzen, dass der-/diejenige, der/die sich nicht ordnungsgemäß abmeldet, kein Sitzungsgeld für die betreffende Sitzung erhält. Entsprechend sollte auch der § 4 der Geschäftsordnung des Stadtrates ergänzt werden. Er bittet, seine Überlegungen in den Fraktionen zu diskutieren, bevor ggf. eine Änderung beantragt werde.

Stadtratsvorsitzender Guido Henke sei nach der letzten Sitzung beauftragt worden, die Stadträte noch einmal auf die bestehenden Regelungen der Geschäftsordnung hinzuweisen. Wer vorzeitig die Sitzung verlassen muss, habe dies vorher anzuzeigen.

- 10.3. **Stadtrat Boris Kondratjuk** kommt auf die Sanierung der Grundschule „E. Kästner“ zu sprechen. Diesbezüglich habe er einen Brief besorgter Eltern erhalten, den er den Fraktionen zur Verfügung gestellt habe. Die Eltern wollen das Beste für ihre Kinder, sie haben in dem Brief ihre Bedenken dargelegt und Vorschläge unterbreitet, wie während der Bauphase die Schüler unterrichtet werden könnten. Warum könne man den Vorschlägen der Eltern nicht folgen? Kann Bürgermeister Eichler heute dazu etwas ausführen? Sein Antrag wäre, den Inhalt des Briefes im Fachausschuss zu behandeln.

Den Brief kenne **Dezernent Otto** nicht, er habe das Schreiben eben von Stadtrat Czernitzki überreicht bekommen. Ein solches Schreiben hätte seines Erachtens zunächst in der Verwaltung abgegeben werden müssen, um darauf reagieren zu können. Über den Brief sei er umso mehr erstaunt, weil in der Gesamtkonferenz, als das Thema Bau Sachstand war und Elternvertreter aus allen Klassen anwesend waren, von keinem Kritik in dieser Richtung geäußert worden ist. Die Verwaltung würde mit den Eltern in Kontakt treten, die dieses Schreiben verfasst haben. Von daher wäre es gut, wenn die Verwaltung wüsste, welche Eltern Kritik geäußert haben.

Nach Auffassung von **Stadtrat Boris Kondratjuk** spielen die Namen der Eltern keine Rolle. Durch das Verhalten von **Dezernent Otto** hätten viele Eltern Angst, ihre Kritik an Herrn Otto zu richten und namentlich zu unterschreiben. Den Antrag auf Behandlung im Fachausschuss habe er auf seine persönliche Initiative hin gestellt.

Wenn man etwas kritisiert, dann sollte man dies auch persönlich tun und dazu zu stehen, meint **Dezernent Otto**. Selbstverständlich werde die Verwaltung das Schreiben beantworten, aber dazu müsse man erst einmal den Inhalt kennen und wissen, wer die Fragen gestellt hat. Es sei immer schwierig, mit anonymen Hinweisen umzugehen. Er habe überhaupt keine Wertung vorgenommen.

- 10.4. Stadträtin Dr. Angelika Kliemke verweist auf die Broschüre Kompetenzzentrum Stadtumbau, die den Stadträten heute ausgereicht wurde. Diese Broschüre sei sehr ansehnlich, aber sie vermisse die Ortsteile. Gehören diese nicht zur Stadt oder unter welchem Aspekt ist diese Broschüre erarbeitet worden?

Das Kompetenzzentrum Stadtumbau wurde vor gut 2 Jahren durch Beschluss des Landtages gebildet und wird geschäftsführungsmäßig von der SALEG betreut, berichtet Stadtratsvorsitzender Guido Henke. Das Kompetenzzentrum Stadtumbau führt regelmäßig Veranstaltungen durch und hat als Aufgabe, den Stadtumbau zu begleiten, zu koordinieren, behilflich zu sein bei einer ganzen Reihe von Fragen. Ein Teil der Öffentlichkeitsarbeit ist es, regelmäßig von den Städten solche Broschüren herauszugeben. Die Verantwortung über den Inhalt der Broschüren liege beim Kompetenzzentrum. Schwerpunkt beim Stadtumbau sei in Haldensleben das Sanierungsgebiet Altstadt und zudem die Frage des Wohnungsleerstandes. Er werde den Hinweis von Stadträtin Dr. Kliemke gern aufgreifen und die Frage im Beirat des Gremiums aufwerfen, inwieweit Stadtumbau auch die Ortsteile in der Gesamtschau, in der Öffentlichkeitsarbeit erfasst.

Dezernent Otto ergänzt, dass es neben der Städtebauförderung auch eine ländliche Förderung gibt und diese komme den Ortsteilen zugute und dort werden auch die Ortsteile gewürdigt.

- 10.5 Stadtrat Boris Kondratjuk interessiert, wie sich die neuen Satzungen im Rahmen des KiFöG ausgewirkt haben. Können schon Aussagen getroffen werden, wie viele Eltern einen Zuschuss benötigen, wie sind die Betreuungszeiten usw.?

Die Beantwortung werde schriftlich nachgereicht, so Dezernent Otto. Die Verwaltung werde dazu im nächsten Fachausschuss berichten, aber eine umfassende Darstellung im Hinblick auf die finanziellen Auswirkungen werde es erst im März 2014 geben können, nachdem man wenigstens ½ Jahr Erfahrungen gesammelt habe.

- 10.6. Die Broschüre Kompetenzzentrum Stadtumbau findet Stadtrat Hartmut Neumann zwar gut, aber wie seinerzeit erwähnt, gebe es in der Stadt Haldensleben noch viele Schandflecke, die er zusammen mit Manfred Dragendorf fotografiert und dokumentiert hatte. Herrn Krupp-Aachen wurde das Material übergeben, einige Maßnahmen wurden realisiert, aber es gibt noch viele Ruinen (z.B. die leerstehenden, zerstörten Gebäude im Industriegebiet entlang der Gerikestraße, das Gebiet rechts und links der neuen Brücke am Dammühlenweg usw.). Bevor man in einer Broschüre mit der Stadt Haldensleben wirbt, sollte man erst einmal alles in Ordnung bringen.

Herausgeber der Broschüre sei nicht die Stadt Haldensleben, sondern das Kompetenzzentrum Stadtumbau in der SALEG, wirft Stadtratsvorsitzender Guido Henke ein.

- 10.7. Stadtrat Dr. Peter Koch hinterfragt den Stand zur geplanten Eingemeindung der Gemeinde Süplingen.

Bürgermeister Eichler teilt mit, dass Gespräche geführt wurden, nachdem von der Gemeinde Süplingen der Wunsch geäußert worden ist, sich der Stadt Haldensleben anschließen zu wollen. Es ist ein langer Prozess gewesen. Der Hauptausschuss sei darüber informiert worden. Der Vertragsentwurf habe 4 Änderungen durchlaufen und ist den Fraktionen zur Verfügung gestellt worden. Über die Eingemeindung bzw. den Vertragsentwurf werde nunmehr in den Ausschüssen und in den Fraktionen diskutiert, um möglichst zum November im Stadtrat einen Beschluss fassen zu können. Es musste erst die Bürgerbefragung, die zusammen mit der Bundestagswahl erfolgt ist, abgewartet werden. Die Bürger von Süplingen haben mehrheitlich erklärt, dass sie sich Haldensleben anschließen wollen.

zu TOP 11 Mitteilungen der Verwaltung

Bürgermeister Eichler informiert über die gefassten Beschlüsse im Hauptausschuss

Hauptausschuss am 15.08.2013

- Verkauf eines Grundstücks angrenzend an die Tennisanlage und den Sportplatz Lindenallee
- Verkauf eines Grundstücks an der Masche 16

- Förderung einer Ordnungsmaßnahme für die Grundstücke Hagenstraße 26/Lange Straße 28
Hauptausschuss am 12.09.2013
- Förderung einer Ordnungsmaßnahme Gärhof 23
- Förderung einer Instandsetzungsmaßnahme Magdeburger Straße 44
- Vergabe zum Kauf eines TSF für die Freiwillige Feuerwehr Hundisburg

zu TOP 12 Einwohnerfragestunde

Stadtratsvorsitzender Guido Henke eröffnet die Einwohnerfragestunde. Da kein Einwohner eine Anfrage stellt, schließt er die Einwohnerfragestunde wieder.

zu TOP 13 Schließen der Sitzung durch den Stadtratsvorsitzenden

Um 18.10 Uhr schließt Stadtratsvorsitzender Guido Henke die Sitzung

Guido Henke
Vorsitzender des Stadtrates

Ruth Felske
Protokollführer